

Werbeverbot für Abtreibungen: Barley will Merkel beim Wort nehmen

Berlin, 21.03.2018, 14:40 Uhr

GDN - Im Koalitionsstreit über eine Neuordnung des Paragraphen 219a zum Werbeverbot für Abtreibungen will die neue Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) Kanzlerin Angela Merkel (CDU) persönlich in die Pflicht nehmen. "Ich nehme die Kanzlerin da beim Wort, die vor unserer Fraktion klipp und klar eine Lösung versprochen hat, die im Interesse aller ist. Da kam ausdrücklich die Nachfrage: In wessen Interesse? Und die Antwort war: Im Interesse der Frauen und im Interesse der Ärztinnen und Ärzte", sagte Barley der Wochenzeitung "Die Zeit".

Sie wolle eine rechtliche Regelung, bei der eine Verurteilung wie im Fall einer Gießener Ärztin nicht mehr stattfinden könne. "Information ist keine Werbung", so Barley, die einen Kompromissvorschlag zu dem zwischen CDU, CSU und SPD umstrittenen Thema vorlegen soll. Sie fühle sich bei der Debatte "teilweise um 20 oder 30 Jahre zurückversetzt". Ein Schwangerschaftsabbruch sei ein legaler Eingriff, den sich keine Frau leicht mache. "Und für mich ist die Frage: Warum will man es den Frauen in dieser Situation, nachdem sie schon eine verpflichtende Beratung erhalten haben, eigentlich noch schwerer machen? Was spricht dagegen, dass eine Frauenärztin auf der Homepage ihrer Praxis stehen hat, welche Leistungen sie anbietet? Wo ist da das Problem?", so Barley. Die Kritik ihres Kabinettskollegen Jens Spahn (CDU), es würde vergessen, dass es um den Schutz ungeborenen Lebens geht, wies Barley scharf zurück. Dies sei "die Diskussion um den Paragraphen 218. Die Frage ist geklärt. Die Union kommt dann mit 'Werbeverbot'. Es geht nicht um Werbung. Niemand will Werbespots oder die Zehnerkarte für den Schwangerschaftsabbruch." Deutliche Kritik übte Barley auch an der von der CSU geführten Debatte um den Islam in Deutschland. "Dieses Auseinanderdividieren von hier lebenden Muslimen und 'dem Islam' hilft wirklich nicht weiter", so Barley. "Entscheidend ist unser Wertekanon, und der ist ganz klar das Grundgesetz. Wer sich in diesem Wertekanon bewegt, hat jedes Recht, in Deutschland zugehörig zu sein und auch akzeptiert und respektiert zu werden. Und da ist es völlig egal, welcher Religion diese Person angehört. Im Gegenteil, das Grundgesetz verpflichtet uns dazu, das hintanzustellen." Barley kündigte an, sie werde sich wie ihr Vorgänger Heiko Maas (SPD) in gesellschaftliche Debatten einmischen: "Das ist meine Aufgabe als Justizministerin." Das Recht sei nichts Abstraktes. "Ein modernes Recht darf sich von gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen nicht treiben lassen, sondern muss den Rahmen vorgeben", so Barley. Als vorrangige Aufgabe sehe sie es an, "den Rechtsstaat zu verteidigen". Das schließe auch Kritik an anderen europäischen Staaten ein: "Das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen ist historisch bedingt sehr eng, zum Glück, und das sollte es auch bleiben. Aber das heißt eben nicht, dass man problematische Entwicklungen nicht auch benennen und kritisieren darf. Was in Polen, aber auch in Ungarn mit den Verfassungsgerichten und der Justiz geschieht, ist hochproblematisch." Gerichte müssten unabhängig sein, "sonst erfüllen sie ihre Funktion in einem Rechtsstaat nicht, und das muss man klar ansprechen".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-103665/werbeverbot-fuer-abtreibungen-barley-will-merkel-beim-wort-nehmen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com